

Die „Volkswacht“ erscheint täglich abends außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/8, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Postgebühren Nr. 7789.

Volkswacht

Infektionsgebühren betragen für die einjährige Zeitdauer oder deren Bruchteil 20 Pfennige, für Vierteljahre 10 Pfennige, für Monatsabrechnung 5 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr im Expeditionsabgeben werden.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Telephon Nr. 451.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 141.

Dienstag, den 20. Juni 1899.

10. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Die Buchhausvorlage im Reichstage

Der erste Tag des großen parlamentarischen Kampfes um die höchsten Rechte und Interessen des Volkes ist vergangen und hat schon der Sache der Arbeiter einen großen, herzerfreuenden Vortheil gebracht. Unser parlamentarischer Berichterstatter schreibt uns:

Zu Anfang der heutigen Sitzung wurde noch etwas ausführlich über das Handelsprovisorium mit England debattiert und die zahlreichen Zuhörer wurden auf eine harte Geduldsprobe gestellt, ehe die Beratung der Buchhausvorlage begann. Das Haus war annähernd beschlußfähig, am Regierungstisch aber war man volljährig beisammen. Die verhandelten Regierungen waren wirklich in corpore angetreten, vom Reichskanzler abwärts über die Staatssekretäre und preussischen Minister hinweg, bis zu einer Anzahl von kleinasiatischen Vertretern und Geheimräthen aus den Reichs-Posadowsky und Niederding, in welchen ja der Wechselbalg der Vorlage das Licht der Welt erblickt hat. Wie schon angekündigt worden war, hatte es der Reichskanzler selbst übernommen, die Vorlage dem Hause zu überreichen. Er beschränkte sich aber auf eine kurze einleitende Rede, die Hauptarbeit der „Begründung“ überließ er dem Grafen Posadowsky. Der Reichskanzler ist ein Optimist, er hofft immer noch auf ein Zustandekommen der Vorlage und kann sich gar nicht denken, daß auch andere Parteien, wie die Sozialdemokratie, gegen das Gesetz sein könnten. Wir sind doch gewiß pessimistischer, aber an eine Annahme der Buchhausvorlage durch diesen Reichstag glauben wir doch noch nicht. Wie die Begründung, die der Vorlage beigegeben ist, so zitierte auch der Reichskanzler den Herrn von Berlepsch und seine vor 8 Jahren verfaßte gesetzgebende Maßnahme, den § 153 der Gewerbeordnung zu verschärfen. Herr Berlepsch, der heute, wie bekannt, ganz anders denkt, muß doch den herrschenden Gewalten recht unangenehm sein. Fürst Hohenlohe erwiderte mit seiner Rede auf der rechten Weisheit, auf der linken konnte man sich manchmal das Lachen nur schwer verbeißen. Erster wurde es, als Graf Posadowsky zu reden begann. Dieser glatte, geschmeidige Redner suchte die Vorlage als möglichst harmlos hinzustellen und wollte es absolut nicht wahr haben, daß die Vorlage das Koalitionsrecht vernichte. Natürlich fehlte die bekannte Redensart nicht, daß das Gesetz nur die Auswüchse treffen sollte und um solche Auswüchse zu beweisen zitierte er und zitierte er immer und immer wieder Stellen aus sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Blättern, die Aufforderungen zu Ungehelichkeiten und gefährliche Ungehelichkeiten erweisen sollen. Mit solchen Zitate, die aus dem Zusammenhang gerissen sind, ist das natürlich eine sehr verzwickte Sache. Herr Posadowsky suchte auch mit englischer Gesetzgebung und selbst mit Aussprüchen unserer Parteigenossen Webb zu operieren. Aber sowohl Sidney Webb wie Beatrice Webb werden sich bedanken, als Eideshelfer für den edlen Grafen zu fungieren. Mit einem emphatischen Anruf des Bürgerthums gegen die Sozialdemokratie schloß der Staatssekretär. Ihm folgte Bebel, der mit einer glänzenden zweistündigen Rede den Rest der Sitzung ausfüllte. Obwohl unser Parteiführer mit dem Organ ein wenig zu kämpfen hatte, waren seine Ausführungen doch ungemein wirkungsvoll. Er schilderte mit flammender Beredsamkeit die Empörung der Arbeiterklasse und zeigte an der Hand der Rechtssprechung, wie hart schon heute die Arbeiter wegen Streikvergehens von den deutschen Richtern angefaßt werden. Mit

bitterem aber berechtigtem Hohn zerplückte er die ansehnlichsten Stellen der sogenannten „Begründung“ und „Denkschrift“. Das war auch eine verhältnißmäßig leichte Mähe. Er führte den schlagenden Beweis, daß nicht nur das Koalitionsrecht, sondern auch das Organisationsrecht der Arbeiter völlig in Frage steht und daß die Arbeiter eine Erweiterung des Koalitionsrechtes nicht aber eine Verkümmelung fordern müssen. Wird die Vorlage Gesetz, so wäre das eine Schmach und Schande für Deutschland, so schloß unser Redner unter dem begeisterten Beifall der Linken. Morgen werden die bürgerlichen Redner zu Worte kommen, aber der Vater der Vorlage, König Stumm, — oh Laune des Schicksals — fehlt.

96 Sitzung. Montag, den 19. Juni 1899, 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Handelsprovisoriums mit England.

Durch daselbe wird der Bundesrath ermächtigt, England und den britischen Kolonien bis zum 30. Juli 1900 das Reisbegünstigungsrecht zu gewähren.

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim beantragt folgenden Zusatz: Diese Ermächtigung gilt nur denjenigen Gebietsstellen des britischen Reiches gegenüber, welche den Angehörigen und den Erzeugnissen des Deutschen Reiches das Reisbegünstigungsrecht gewähren.

In der Generalabstimmung begründet

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (natl., ziemlich unbedeutend, da er der Tribüne wieder den Rücken zugekehrt) seinen Antrag. Die Kolonien seien England gegenüber in Bezug auf ihre wirtschaftlichen Maßnahmen selbstständig, sie können daher auch selbstständig getroffen werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky bittet dringend, es bei dem Entwurf zu lassen, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen, zumal soeben die Antwort der englischen Regierung auf den englischen Handelsvertrag-Vorschlag eingegangen sei; im Fall der Annahme des Antrags Heyl aber denselben an eine Kommission zu verweisen.

Abg. Lieber (Zentr.) empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfes. Eine Kommissionsberatung sei um so überflüssiger, als ja der Reichstag Gelegenheit haben werde, bei der Beratung des vom Grafen Kanitz angebrachten Gesetzesentwurfes die einschlägigen Punkte mit der größten Ausführlichkeit zu behandeln.

Abg. Brömel (Freil. Bgg.) ist der Ansicht, daß eine Beschränkung der Vollmacht des Bundesraths allerdings vom konstitutionellen Standpunkte aus erwünscht sein würde. Inbezug auf den Antrag Heyl nicht dieser Gesichtspunkt maßgebend gewesen. Die Annahme des Antrags würde eine Schwächung der handelspolitischen Position Deutschlands bedeuten. Daher empfehle sich seine Ablehnung zumal eine Kommissionsberatung in diesem Stadium nicht mehr angängig sei.

Abg. Dr. Köpcke-Kaiserlautern (Vd. d. Landw.) erklärt im Namen seiner Freunde, daß sie noch immer ihren Standpunkt für den einzig richtigen halten (Heiterkeit), indessen sich auf den Antrag Heyl einigen wollen. Vor Allem müsse gegen England vorgegangen werden.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) ist Angefichts der Geschäftsfrage des Hauses gegen die Kommissionsberatung: doch scheint ihm der Vorbehalt, der im Antrag Heyl liegt, notwendig, weil er den deutschen Interessen einen gewissen Schutz sichere.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antij.) ist für Kommissionsberatung. Der Antrag Heyl bedeute einen Angriff gegen England. Man müsse dem Anlande zeigen, daß die Geduld des deutschen Volkes erschöpft sei. Eine Niederlage in handelspolitischen Dingen verleihe den deutschen Nationalität, zumal da in Folge der toburchischen Thronfolge-Angelegenheit (Rechts links) und der Vorgänge auf Samoa die Stimmung des deutschen Volkes gegen England eine wenig freundliche sei. Die englische Presse erfredte sich, in die Verhältnisse eines deutschen Landes einzudringen. (Hul hul links.) Das verleihe nationale und monarchische Bewußtsein verlange Genugthuung. (Wachen links.)

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (natl.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage mit seinem Antrage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Staatssekretär Graf Posadowsky bittet nochmals um Ablehnung des Antrages Heyl. Auf die toburchische und samoanische Angelegenheit könne er sich nicht einlassen. Ob er in der Kommission eingehende Mittheilungen über die englischen Vorschläge machen könne, sei zweifelhaft.

Abg. Dr. Hahn (wildkon.) tritt für den Antrag Heyl ein. Staatssekretär v. Bülow: Unsere Stellung in der Samoafrage habe ich dahin präzisirt, daß wir weder den Rechtsboden verlassen haben, noch uns zum Verlassen desselben drängen lassen werden. Nach der Samoafrage sind alle Veränderungen an unsere Zustimmung gebunden. Auf Grund dieses Prinzips der Einmütigkeit hat inzwischen die Samoa-Kommission die Leitung der Regierung auf Samoa übernommen. Was uns bisher unser Vertreter in der Kommission mitgetheilt hat, lautet zufriedenstellend. In die Streitigkeiten über die Thronfolgefrage auf Samoa werden wir uns nicht einmischen. Wir hoffen, daß die Kommission zu einem befriedigenden Ergebnisse gelangen wird und werden uns jedenfalls nicht von unserem guten Recht abdrängen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Lieber (Zentr.) will sich nicht in eine Erörterung der samoanischen und der toburchischen Thronfolgefrage begeben. Nachdem nun einmal der Antrag auf Kommissionsberatung eingereicht sei, halte auch er den Weg für den gangbarsten.

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (auf der Tribüne schwer verständlich) begreift nicht, wie die Regierung seinen Antrag habe als eine Mißtrauensäußerung auffassen können. Damit schließt die Generalabstimmung. Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der

Buchhausvorlage.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Noch ehe der Gesetzesentwurf dem Reichstage vorgelegt wurde, wurden in der Presse und in öffentlichen Versammlungen lebhafteste Angriffe gegen ihn erhoben; auch im Reichstage haben diese Angriffe bereits mehrfachen Ausdruck gefunden. Und doch bringt das Gesetz nichts Neues und Unwarrantes, schließt sich vielmehr eng an die vor 8 Jahren eingebracht und damals abgelehnte Vorlage des Ministers von Berlepsch an. Die Bekämpfung des Gesetzes durch die sozialdemokratische Partei begreife ich; dagegen begreife ich nicht, daß diejenigen Parteien, die weder auf Kollektivismus noch auf Republikanismus los steuern, sich an der grundsätzlichen Bekämpfung des Gesetzes beteiligen (Wachen links). Sehr richtig! rechts. Das Koalitionsrecht der Arbeiter soll nicht im geringsten beschränkt werden (Heiterkeit links); Arbeiterausstände bleiben wie bisher möglich. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz soll lediglich die Beschränkung der Willensfreiheit des Einzelnen durch Terrorismus, vor Allem aber das Treiben gewerkschaftlicher Agitatoren und Preter verhindern. Der Grund der Verzögerung der Vorlegung des Gesetzes lag in Hindernissen, die die verhandelten Regierungen zu beseitigen nicht in der Lage waren. Nach den feierlichen Ankündigungen der Thronrede durften die Regierungen nicht zögern, das Gesetz dem Reichstage vorzulegen, um damit die künstlich geschaffenen Besorgnisse zu zerstreuen. Ich hoffe, daß wir, wenn auch nicht jetzt, doch bei späterer Verhandlung ein Gesetz zu Stande bringen werden, das die Interessen der Arbeiter zu schützen geeignet ist. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich möchte den einleitenden Worten des Herrn Reichskanzlers noch einiges hinzufügen. Der Herr Reichskanzler hat bereits angedeutet, daß diese Vorlage von ihren radikalen Gegnern nicht sowohl aus sachlichen, als aus allgemein politischen Gründen bekämpft wird. Eine ruhige und objektive Erörterung der Frage habe ich in der gegnerischen Presse nicht gefunden. Man behauptet, wir wollen zwar formell den Arbeitern die Koalitionsfreiheit lassen, sie ihnen aber in Wirklichkeit nehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Behauptung ist unrichtig (Widerspruch links) und die Herren, die dieselben aufstellen, wissen, daß dem so ist. (Wachen links.) Ich behaupte persönlich, daß die Koalitionsfreiheit gewissermaßen im wirtschaftlichen Interesse aufrecht erhalten werden muß. (Zuruf: Bewußtseinsfrage! bei den Sozialdemokraten.) Die moderne Industrie hat Arbeitsstätten von dem Umfang von Klein-, ja von Mittelstädten ins Leben gerufen. Ganz naturgemäß sind die Ansprüche der Arbeiter an ihre Lebenshaltung, sowie ihre Selbstvertrauen — letzteres namentlich auch durch das allgemeine Wahlrecht — gestiegen: Die Arbeiter haben erkannt, daß ihre Interessen theilweise solidarisch sind, sowie welcher Vortheil für sie in der solidarischen Interessen-Verirerung liegt. Wie die Unternehmer in Syndikaten sich zusammenschließen, so koaliren sich daher auch die Arbeiter um ihren Arbeitslohn zu steigern. Gegen diese Erscheinungen ist nicht zu machen; das Erwerbsleben muß mit denselben rechnen; man kann sich damit trösten, daß Ueberpannungen, von der einen, wie der anderen Seite ihre nöthige Korrektur in sich selbst finden werden.

Die Rose von Dientis.

Von Oskar Schiller

57)

Er mußte, nur müßte die Rede geradezu zu dem von ihm längst ersehnten Ziele führen. Und doch, wenn er nur an die wankelmüthige treulose Götterin der Börse dachte, empörte sich sein ganzer beleidigter Mannesstolz. Doch möchte er gern wissen, ob man die Leichtsinne nach solchen schmählichen Vorgängen etwa wie eine völlig schullose darstellen könne.

Nachdem diese Dame Gewebe und Stickerei vor allen Seiten schweigend betrachtet oder wohl nur überlegt hatte, wie ihre Abbigkeit zu diesem Gespräch fortzuführen sei, gab sie die Börse zurück und sagte: „Ich kenne diese Arbeit... diese sogenannte Rose von Dientis. Darf ich noch ein wenig unbedeuten sein und fragen, wie...“

Hier stockte ihre Stimme. Dann, indem sie ihre Schritte unterbrach und mit beiden Händen seine Hand ergriff, als sollte er ihr nicht entweichen, sprach sie mit bittendem Blicke und furchtlichem Tone: „Fräulein Marmels in Wien ist meine Freundin, meine vertrauteste. Könnten Sie mir nicht für einen Augenblick Ihr Vertrauen gönnen? ... Ich schmeie Ihnen etwas zudringlich, da wir uns kaum seit vierundzwanzig Stunden gesehen haben, aber... Seien Sie offen gegen mich! Ich möchte auch gern recht offenerzig mit Ihnen plaudern. Sagen Sie mir die Frau nur... ich weiß, Sie ertheilten dies Andenken von Eufriede. Sie verloren es oder verschenkten es wieder. Wann und wie gelangten Sie von Neuem dazu?“

Vor einem halben Jahre kaufte ich die Börse in einem Wirthshause meinem gegenwärtigen Bedienten Ulr Goin ab. Ihre Freundin hat vermutlich damit irgend Jemand, vielleicht nur einen Domestiken, erfreut. So lief das zärtliche An-

denken von Hand zu Hand, spielte überall die Rolle eines Liebespfandes, bis ich's unverhofft wieder erblickte.“

„Sie sind im Irrthum, mein Herr. Niemandem als Ihnen, und nur Ihnen allein gab Eufriede dieses Andenken. Ich beschwöre Sie, reden Sie die Wahrheit! Mir liegt in diesem Augenblicke mehr daran als Sie glauben können. Oder... dürfen Sie vielleicht nicht? Wenn Sie sich scheuen, dann will ich nichts wissen.“

„Mich scheuen!“ wiederholte er fast beleidigt das Wort, und richtete sich stolz auf: „Warum scheuen?“

„Sie hatten... Herr Prevost, Sie kannten in Wien vielleicht eine Person, eine gewisse... Nein, ich bitte, wenn in Wien beglückten Sie mit dieser Börse, als Sie als Haus der Frau von Orienenburg verlassen hatten?“

„Fräulein, mich dünkt, Ihre Freundin hat Ihnen nicht alles vertraut, sondern, um Ihre Leichtfertigkeit zu hemmen, Sie mit einem Märchen getäuscht. Oder was wollen Sie mit Ihrer Frage nach einer „gewissen“ andeuten, die Sie nicht nennen? Ich darf Ihnen offen Rede stehen und will es. Ihre Freundin war einst auch die meinige; nein, ich bekenne es, sie war meine erste Liebe. Sie betrug sich unwürdig, trieb ein schändes Spiel mit einem ehelichen Herzen, das sie mit ihrer Unschuldsmiene gewonnen hatte. Sie brach eben so leichtsinnig ein Gelübde, als sie es gethan hatte. Ich war ein leichtgläubiger Sumpel und sie eine...“

„Still, lieber Hauptmann! Zurück Sie jetzt nicht mehr!“

„Vergeben Sie, Fräulein. Sie berührten eine Wunde, die noch lange nachblutet. Was kann ich dafür? O wüßten Sie Alles! Wie engelgut sie sich zu stellen wußte! Nein, verstellte hat sie sich wohl nicht, aber ich Gutmüthiger glaube an ein launenhaftes, wetterwendisches, leichtsinniges Kind. Gleichgültig brach sie mit mir... und das war der Bruch meines Lebens! Ich möchte nichts mehr von ihr hören; ich

handte ihr das Letzte, was ich von ihr besaß, die Börse, durch den Grafen Malariva zurück. Ein solcher Bruch heißt nicht wieder.“

„Durch Malariva also!“ schrie Pauline laut auf und ließ Flavians Hand los. In ihrem Auffahren, ihren Mienen lag aber mehr Ueberraschung und Zufriedenheit als Schrecken. „Durch ihn also? Unmittelbar durch ihn? Ganz richtig! So sagte sie auch in der That... gewiß, sie hat nicht gelogen... Vergönnen Sie mir die einzige Frage noch: Sie kannten in Wien vielleicht... vermuthlich ein gewisses Mannerl oder Marnette Schröter. Es soll vor einigen Jahren ein ganz hübsches Geschöpf gewesen sein. Sie kannten das Mädchen vielleicht nur, wie man wohl Leute kennt, die man zufällig einmal...“

„Nein, Fräulein. Ich hörte den mir fremden Namen zum ersten Male aus dem Munde meines Dieners. Und was soll diese Person?“

„Nicht Malariva, sondern eben diese Marnette Schröter brachte dem unglücklichen Fräulein Marmels die Börse zurück.“

„Sei es! Das ist zuletzt Nebenache. Warum nennen Sie jetzt Ihre Freundin eine Unglückliche?“

„Weil sie es ist, und durch das, was Sie, Herr Prevost, Nebenache nennen, geworden ist. Ja, diese Nebenache, dies verurtheilt, unerhörte Hänkespiel brachte die arme Eufriede um alle Seligkeit einer jugendlichen Wirthzeit und beschleunigte den Tod der Baronin Orienenburg.“

„Ich erfuhr diesen Tod vor wenigen Tagen durch Malariva. Was ist aber aus dem verwaisten Fräulein Eufriede geworden?“

„Kommen Sie, Herr Prevost! Unsere Leute werden uns, denke ich, rufen, wenn es Zeit zum Aufbruch ist. Sagen mir einen Ruheplatz. Ich erzähle Ihnen in wenigen Worten die unselbige Geschichte. Sie ist ja zum Theil auch die Geschichte Ihres eigenen Schicksals.“

(Fortsetzung folgt.)

die Verschiebung der Entscheidung nicht. Daher thun sie am besten, der Generalaberte unmitttelbar die zweite Beratung folgen zu lassen und die Vorlage in den Papierkorb zu befördern, wohin sie gehört. Wird sie oder eine ähnliche Gesetz, so gerichtet es Deutschland zur Schande und Schmach. (Lebhafte, langanhaltende Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Schluß der Sitzung 5 Uhr 45 Min.

Eine neue Kaiserrede.

Der Kaiser wohnte am Sonntag einer Segelregatta auf der Elbe bei Brunnshüttel bei und sagte auf eine Rede des Hamburger Bürgermeisters Dr. Mönckeberg u. A. Folgendes: Meine Herren, das (der Segelsport) ist eine von den Künsten, — so will ich es einmal nennen, — die wir pflegen können, weil wir in gesichertem Frieden zu leben im Stande sind, und wir können das bloß, weil wir nunmehr auf der Basis stehen, die mein seliger Großvater und mein seliger Vater uns erschritten haben. Seitdem nun aber ein deutsches Reich besteht und unser gefamtes deutsches Volk unter einheitlichem Banner seinem Ziele entgegenarbeitet und seitdem wir wissen, daß durch unser festes Zusammenstehen wir eine unüberwindliche Macht in der Welt darstellen, mit der gerechnet werden muß, seitdem haben wir auch den Frieden bewahren können. Und keine Kunst ist wohl so geeignet, den Muth zu stärken und das Auge zu klären, wie die Fahrt auf dem Wasser. Ich hoffe, daß Jahr aus Jahr ein von Innern des Landes mehr und mehr ein starker Zugang hierher stattfinden werde, um immer mehr die Reihe der Segelsportfreunde zu stärken und zu vermehren und nicht bloß den Kampf mit den Elementen aufzunehmen, der Geschicklichkeit fordert, sondern ich verspreche mir auch von dem Verkehr des Inlandes mit der „Wasserstraße“ große Vortheile und betrübende Gedanken für mein Volk. Meine Herren! Sie haben soeben gehört und ich bin es Ihnen dankbar, daß Sie mit Freuden und Anerkennung unserer Politik sagten. Es ist mein Grundsatz, — so will ich es einmal nennen, — neue Punkte zu finden, an denen wir etwas thun können, an denen in späteren Zeiten unsere Kinder und Enkel sich ausbauen und das zu Nutzen machen können, was wir ihnen erworben haben. Langsam nur hat das Verständnis für Wasser- und Seeweisen, für die Wichtigkeit des Meeres und seiner Beherrschung bei unseren Landsleuten Platz gegriffen; aber das Verständnis ist erwacht und wenn einmal beim Deutschen eine Idee, ein Gedanke Funken gefangen hat, so wird selber auch bald zu lodender Flamme. So wird es auch hier sein. Das deutsche Volk ist wie ein edles Volkspferd, es buidet nicht, daß ihm einer an die Gurgeln herankommt, sondern will seinen Platz vorne behaupten, und das ist mein Wunsch: Mögen wir mit unseren sämtlichen Bestrebungen und mögen Sie in Hamburg mit Ihren Gedanken und Ihren vorwärtsgehenden Bestrebungen an der Spitze marschieren wie bisher, darauf lege ich mein Glas!

Von den neuen Kolonien.

Zur Begründung des Karolinenvertrages wird in der Vorlage an die Korte über den Karolinenvertrag bemerkt:

Die Last, die diese der spanischen Krone im Stillen Ocean noch verbleibenden Inseln für den Staatsschatz darstellen, die Verantwortung und die Kosten, welche die Vertreibung so entfernter Besitzungen mit sich bringen würde, das jegliche Fehlen moralischer und handelspolitischer Interessen und die Schwierigkeit, sie künftig zu schaffen, ohne Kosten zu verursachen, die mit dem Ergebnis, das man erwarten könnte, nicht im Verhältnis stehen, waren die Gründe, worauf sie (die vorige Regierung) sich stützte, um von den Korten in einem schon abgefaßten Gesetzentwurf, der aber nicht mehr vorgelegt werden konnte, die Ermächtigung zu erlangen, die Art. 55 der Verfassung vorschreibt um die eingegangene internationale Verpflichtung vollziehen zu können.

Die Spanier sind also sehr froh, ihre theuren Karolinen Loszuziehen zu können. Wir können die kostspielige Geschichte selbstverständlich auch viel besser bezahlen, wenn sie auch nichts einbringt.

Neue Ausweisungen aus Nordschleswig. Dre, dänische, aus Esbjerg gebürtige Maurer, Albert Peterfen S. P. Frandsen und S. Steffensen, die in Schleswig Arbeit gefunden hatten, sind von den preussischen Behörden ausgewiesen worden. So wird aus Esbjerg unterm 17. Juni gemeldet. Die drei Arbeiter waren ausgeweisert. Die Maßnahmen der preussischen Behörden unterstützen also in diesem Falle die dänischen Unternehmer, die den Ausgeweiserten die Gelegenheit nehmen wollen, außerhalb der dänischen Grenzen Arbeit zu finden.

Wegen des Portals für den Friedhof der März-Gefallenen ist ein neuer Termin vor dem Bezirksauschuß auf den 30. Juni anberaumt worden.

Ausland.

Zur Lage in Frankreich.

Die Ministerkrise dauert immer noch fort. Die Bildung eines neuen Ministeriums durch Waldeck-Roussieu ist gescheitert. Brisson und Delcassé befinden sich im Vorbergrunde.

Nach rein formellen Sitzungen vertagte sich die Deputiertenkammer und der Senat, erörtert bis Mittwoch, letzterer bis Sonnabend.

Major Marchand, den viele für den „kommenden Mann“, d. h. der von gewisser Seite so heiß herbeigesehnten Staatsrechtler ansehen, zieht im Lande umher, läßt sich „enthusiastisch“ empfangen und hält Vorträge.

Dreyfus. Gegenüber auswärts verbreiteten Gerüchten von dem Tode Dreyfus theilt die „Agence Havas“ mit, daß dieselben durch nichts begründet seien. Der Kreuzer „Eclair“, welcher Dreyfus an Bord hat, befindet sich zur Zeit auf offener See. Eine von gestern datirte Depesche aus West befahe, der dortige Unterpräfekt habe heute Nacht eine Depesche erhalten, welche die Ankunft des Kreuzers für die nächste Zeit ankündigt. Nach in letzter Stunde eingetroffenen Meldungen wird die Ankunft des „Eclair“ in West bestimmt in der Nacht vom 20. zum 21. Juni erwartet.

General Mercier hielt Sonnabend in einer Versammlung der Vaterlandsliga eine Ansprache, in welcher er erklärte, er werde vor dem Kriegsgericht in Rennes unbekümmert um die Folgen seine Aussagen machen. Die nationalpolitischen Blätter messen dieser Erklärung große Bedeutung bei. Die meisten Blätter beschäftigen sich heute eingehend mit dieser Rede. Cornely weist im „Matin“ darauf hin, daß die Nationalisten und Monarchisten aus der Rede Merciers die Hoffnungen schöpfen, das Kriegsgericht in Rennes werde Dreyfus verurtheilen.

Ein solcher Ausgang des Dreyfusprozesses, meint Cornely, würde einen offenen, erbitterten Kampf zwischen republikanischen und militärischen Kreisen zur Folge haben und würde einen Sprung ins Unbekannte, eine Revolution bedeuten. Die Freisprechung von Dreyfus dagegen würde die Militärjustiz in Einklang mit der Ziviljustiz bringen und wäre dies ein Sieg des gesunden Menschenverstandes, der die Veruhigung der Gemüther herbeiführen würde. Cornely spricht zum Schluß die Ueberzeugung aus, das Kriegsgericht in Rennes werde Dreyfus einstimmig freisprechen.

Von der Zuchthausvorlage!

An die Gewerbegerichte Deutschlands!

Der Ausschuß des Gewerbegerichts zu Berlin für Gutachten und Anträge bezüglich gewerblicher Fragen hat in seiner Sitzung vom 17. Juni d. J. einstimmig — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — beschlossenen, eine Petition an den Bundesrath und Reichstag zu richten, in der um Ablehnung des Gesetzentwurfes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses mit folgender Begründung gebeten wird:

1. Die Bestimmungen des Entwurfes liegen weder im Interesse der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer.
2. Die durch den Gesetzentwurf angestrebte Beschränkung des zur Zeit gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts kann für die gesunde Entwicklung der gewerblichen Verhältnisse im deutschen Reich nur verderblich sein.
3. Die zur Zeit bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bieten Arbeitswilligen ausreichenden Schutz.

Im Interesse einer wirksamen Agitation gegen den Gesetzentwurf ersuchen wir die Ausschüsse — Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen der Gewerbegerichte Deutschlands — in gleicher Weise zu der Vorlage Stellung zu nehmen.

Berlin, den 17. Juni 1899.
Verein der Arbeitgeber-Beisitzer des Gewerbegerichts zu Berlin.
gez. D. Weigert
gez. Dr. Hugo Gerchel.
Für die Arbeitnehmer-Beisitzer des Gewerbegerichts zu Berlin.
gez. Rudolf Millarg.
gez. Alwin Koersten.
Wir ersuchen, vorstehenden Aufruf in der gesammten Partei- und Gewerkschaftspresse unverzüglich abzuändern.
J. A.: Rudolf Millarg, Berlin S., Annenstr. 16, I.

lokales und Provinziales.

Breslau, den 20. Juni 1899.

Protestversammlungen.

Auch die Breslauer Arbeiter stellen ihren Mann, wenn es gilt, gegen die Beschneidung eines unserer geringen und kümmerlichen Volksrechte gemeinsam die Stimme zu erheben. Sie, die am Sonntag erst einige fröhliche Feststunden miteinander erlebten, hatten sich gestern mit derselben Pünktlichkeit zu ernsterem Thun versammelt. Eine für unsere jetzigen Verhältnisse ungewohnte Anzahl von großen Versammlungen waren veranstaltet: Im Volksgartenjaale, der kurz nach 8 Uhr wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt wurde, sprach der Reichstagsabgeordnete Haubert vor einem Theil der Breslauer Bauhandwerker über den geplanten „Schutz der gewerblichen Arbeiter“, im „Schieferwerder“ fanden sich siebenhundert bis achthundert Holzarbeiter zur Protestversammlung ein, von bürgerlichen Kreisen war die Versammlung im „Blauen Hirsch“ einberufen, in welcher der nationalsoziale Herr v. Gerlach referirte und um die Frage einer Lohnbewegung handelte es sich bei den in der Kaiserburg versammelten Schuhmachern, wobei Stadtverordneter Schütz als Redner auftrat. Ueber den Verlauf der Versammlungen erhalten wir folgende, dem beschränkten Raume angepasste Berichte:

Um 8 Uhr war der Saal des Volksgarten dicht gefüllt von Männern und Frauen. Als Genosse Lode um 10 Uhr die Versammlung eröffnete, schloß bereits die bekannte Vorkennzeichnung von Zuhörern die Versammlungsscheinehmer vor Lebensgefahr durch Erdrücken. Zimmerer Schmidt, Köpfer Neuberger und Bauarbeiter Titmann übernahmen die Leitung. Mit getragener Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer den Worten und lebendigen Ausführungen des Genossen Haubert. Aus der Volksgartenhalle der Jahrbücher und Jahrbücher haben die Arbeiter unter es deutschen Kulturkampf nichts gelassen oder nicht verstanden. Wenn man den neuen Zuchthausgesetzentwurf sich anseht, dann könnte man an das Wort eines verstorbenen Mannes denken: „Denn, verachtet ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun.“ Ueber die Schöner des neuesten Gesetzes in allen doch wissen, was seit 1897 Jahre, sich in England zugetragen. Sie können ihre Augen nicht verschließen haben vor der Entwicklung der letzten Jahrzehnte und darum können sie auch nicht mit mangelhaften Kenntnissen entschuldigt werden. Nein, abthätlich und systematisch geht man darauf aus, den Arbeiter zu knebeln bei seinem Kampfe gegen das profitgierige Kapital. Trotz des Reichthums ist der Einfluß der Kapitalisten auf die gesetzgebenden Körperschaften immer größer geworden. Kein Zweifel, das Raubritterthum des Mittelalters soll in Gesetz und Recht gekleidet werden, der Geist Stummis atmet unerkennbar aus jedem Paragraphen des Gesetzentwurfes und seiner jämmerlichen Begründung, die jeden kleinen Anlauf durch hundertzählige geschickliche Gläubiger, Arbeitgeber-Terrorismus aber natürlich nirgendwo finden kann. Nach der famosen „Denkschrift“ kann man annehmen, daß in unserem Vaterlande die Pöbelzeit unbegrenzte Dimensionen annehme, ein Vorurtheil, das nur möglich ist, weil die Bureaucraten die Sprache des Volkes nicht verstehen. (Sehr richtig.) Alles organisiert sich, selbst die liebe Gerechtigkeit: strebt aber der Arbeiter durch vereintes Handeln eine Besserung; seiner Lage an, so ist das ein graufiges Verbrechen. Redner schildert sodann die Entwicklungsgeschichte der Zuchthausvorlage vom Uebertritt Stumm über Bielefeld, Deunhausen bis zur Vorlegung. Aderhals Jahre haben sie das Material gesammelt und dann nach dieser schweren Arbeit eine Denkschrift angefertigt, die dem Reich der Lächerlichkeit schon am ersten Tage anheimfiel. Die Antwort auf dieses Schandgesetz, das Spiegeln und Anmuthigen neue Thätigkeiten bringt, wird die deutsche Arbeiterschaft geben, wenn am Jahreseschlusse die Mitgliederzahlen veröffentlicht werden. (Beifall.) Nun nimmt Genosse Haubert das Gesetz in seinen einzelnen Paragraphen unter die Lupe und rügt, welche Schlingen unter harmloser Oberfläche diese Bestimmungen enthalten. Es ist ja sehr möglich, das große Schreckgeheiß der Streikbrecher zu schützen, dieser nützlichen Stützen der Gesellschaft. Wohl kann man dem Arbeiter den Mund verbieten, aber wehe, wenn der unterdrückt hat, von Mund zu Mund weiter fortzupflanzt, an die Stelle der offenen Abneigung treten wird. (Sehr richtig.) Sie, die das ganze Jahr vielleicht nicht arbeiten, sondern erst ihre Pflückzeit erkennen, wenn die Fabriken leer stehen und der Herr Direktor sie höchlich begreßt, sie verlangen von uns womöglich noch besondere Hochachtung? Vor ihnen möchte der ehrliche deutsche Arbeiter seinen Hut ziehen? Es gibt ja jetzt so viele Redaktionen und Rängen, auch solche

für langjährige Dienste an einer Stelle. Wir hätten wirklich nichts dagegen, wenn diese Staatsfische, die „Arbeitswilligen“ auch eine Rebaille erhielten, damit wir sie sofort erkennen. (Brausender Beifall und Heiterkeit.) Besonders bestraft müssen natürlich die „Mißethäter“ werden, diese Ebenbilder des italienischen Räuberhauptmanns, (Heiterkeit.) Vor allem aber sollen die 6 Millionen industrieller Arbeiter kampfunfähig gemacht werden. Es wird nicht möglich sein, das Gesetz durchgehe oder nicht, die erwachte deutsche Arbeiterschaft läßt sich nicht mehr mundtot machen. Berengt man uns den wirtschaftlichen Kampfplatz, dann treten wir auf den politischen, werden mit jehnsamer Kraft uns die politische Macht erkämpfen um endlich dem Grundfals Anerkennung zu schaffen, der durch die Zuchthausvorlage wieder mit Füßen getreten wird: Gleiches Recht für Alle! (Brausender Beifall.)

Von einer Diskussion wurde abgesehen und einstimmig die Berliner Resolution angenommen. Der Vorsitzende, Zimmerer Schmidt, richtete noch einige ermahrende Worte an alle Unorganisirten und schloß darauf die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung, in welcher die Versammelten mit Begeisterung einstimmten. Heute Abend findet die zweite Protestversammlung im Volksgarten statt.

Ueber die Protestversammlung der Holzarbeiter wird uns berichtet: Der große Saal des Schieferwerder war fast gefüllt von Besuchern, ein Beweis, welcher lebhaftes Interesse auch bei den Holzarbeitern die drohende Zuchthausvorlage zu erwecken vermochte. Zunächst wurde vom Kollegen Giesmann der befallig aufgenommene Bericht über die letztjährige Thätigkeit des Gewerkschaftsartells erstattet und darauf die Neuwahl der Parteidelegirten vorgenommen. Dann erhielt Kollege Bergmann das Wort zu seinem Vortrage über die Zuchthausvorlage. In einstündiger, oft von Beifall unterbrochener Rede erörterte Referent die Vorlage, die einen unerhörten, durch nichts begründeten Angriff auf die letzten und wichtigsten Rechte der Arbeiter darstelle. Den Arbeitern sei in allererster Reihe der gewaltige Aufschwung zu danken, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten genommen und nun werde man den Arbeitern nicht nur die von ihnen errungenen beschiedenen Vortheile wieder rauben, man werde sie vielmehr zurückwerfen, man werde durch das Zuchthausgesetz die Arbeiter zu Sklaven degradiren. Redner geht bei einzelnen Paragraphen durch und zeigt an der Hand der jetzt schon geltenden Rechtsprechung, was wir zu erwarten haben, wenn diese Vorlage Gesetz werden sollte. Da sollte man doch einfach zwei Paragraphen beschließen, lautet: Erster Paragraph: Das Streiken, Nebeln, Weisen und Singen ist den Arbeitern verboten! Zweiter Paragraph: Wer gegen § 1 fehlt, wird in das Zuchthaus geschickt! (Große Heiterkeit und Beifall.) Redner fordert schließlich unter starkem Beifall zum energichsten Protest auf.

In der Diskussion erörtert Genosse Pruhns noch einige Punkte der Vorlage, indem er besonders nachweist, daß die in der Zuchthausvorlage behauptete Gleichheit vor dem Gesetz für Arbeiter und Unternehmer praktisch nur eine Phrasie sei. Die Verneinung des Koalitionsrechts der Arbeiter durch die Zuchthausvorlage sei unbedingte Thatsache. Wie könne man von dem Arbeiter Vaterlandsliebe fordern, wenn dies Vaterland ihm für die Verhängung seiner höchsten Interessen und Rechte das Zuchthaus gebe? Wenn die Vorlage Gesetz wird, dann wird das Zuchthauskleid dem deutschen Arbeiter nicht mehr ein Zeichen der Schande, sondern ein Ehrenkleid werden. Die Arbeiter werden auf ein solches Gesetz weifen, wie sie auf das Sozialistengesetz wüßen! Wenn es nicht mehr mit den im vollen Tageslichte arbeitenden gewerkschaftlichen Organisationen geht, werden wir uns geheim organisiren! Wir protestiren gegen ein solches Gesetz nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern als wahre Freunde des Vaterlandes im Interesse der friedlichen Entwicklung unserer gesammten Verhältnisse. Unter Kampfruf lautet: Wieder mit dem Zuchthausgesetz! Hoch die freie Organisation der Arbeiter! (Lebhafte Beifall.)

Nach einem kurzen, warm empfundenen Schlusswort des Referenten nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die heutige im großen Saale des Schieferwerders tagende öffentliche Holzarbeiter-Versammlung protestirt entschieden gegen das von der Staats-Regierung geplante sogenannte Zuchthausgesetz, wie es unter dem Titel: „Gesetz zum Schutze der gewerblichen Arbeitsverhältnisse“ dem Reichstage zugegangen ist. Die Versammlung erklärt die Vorlage für ein Ausnahme-Gesetz schlechthin, niedrigerer Art, welches geeignet ist, die arbeitstrotzige deutsche Arbeiterschaft, in der Uebung anderen Nationen gegenüber herabzusetzen. Die Versammlung erklärt, das jede weitere Beschränkung des freien Willens der Kräfte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine dem Fortschritt unserer Kultur feindliche Handlung bedeutet. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die gegenwärtigen Strafbestimmungen vollständig zur Befriedigung und Aufrechterhaltung von Ausbureinungen bei Streiks ausreichen, ebenso aber auch, daß eine ganze Anzahl derselben, vor Allen der § 153 der Gewerbe-Ordnung, überflüssig sind, und deren rigorose Anwendung nicht geahmt werden kann. Vertrauen in die heutige Rechtsprechung zu setzen.“

Schluß der Versammlung nach 11 Uhr.

National-soziale Protestversammlung. In einer gut besetzten Versammlung protestirten die hiesigen National-sozialen gegen die Zuchthausvorlage. Herr v. Gerlach, der Referent, wäre heute lieber in Berlin gewesen, um den Verhandlungen des Reichstags beizuwohnen. Einigenmaßen entschädigt fühlt er sich, gerade in Breslau sprechen zu können, der einzigen Stadt, die eine Zeitung hat, der die Zuchthausvorlage noch zu mild ist und die dies offen ausspricht. Redner geht auf der sozialpolitischen Frühling von Anfang der 90er Jahre ein. Der Kaiser fand keine Unterstützung von links und rechts. Hier die rheinischen Fabrikanten, dort die Sozialdemokraten, die die dargebotene Hand nicht annahmen. Anzwischen hat der Stummische Kurs siegest. Wir haben jetzt glücklich eine Vorlage vor uns und können reden, wie uns der Schnabel gewachsen ist. So lange es sich um ein Kaiserwort handelte, mußten wir uns auf Weniges beschränken, wo es jetzt sogar verboten ist, Thronreden zu kritisiren. Redner will nicht summarisch die Vorlage abthun, sondern die Paragraphen vornehmen. Er kommt dabei zu dem Resultat, daß die ganze Gewerkschaftsbewegung mit der Vorlage lahmgelegt werden kann. Sind die Gewerkschaftsführer, die „Streikbrecher“ der Vorlage, aus Staatsinteresse zu bekämpfende Männer? Der Staat sollte sich glücklich schätzen, daß an der Spitze der Arbeiterbewegung solche Männer stehen. Ohne Streikvollstrecken kein Koalitionsrecht. Die Streikbrecher werden zu den Allerproletarisirten der Bevölkerung erhoben. Ohne Antrag sollen sie gegen Verleumdung und Schädigung geschützt werden. Was wird gegen Arbeitgeber, die Verurufungen aussprechen, geschehen? Nichts! Schwarze Listen werden ausdrücklich als erlaubt gegeben. § 7 mit seiner Anwendung der Abschreckungstheorie ein juristisches Panikum. § 8 bei der Vorlage den volkstümlichen Namen „Zuchthausvorlage“ gegeben. Das Heranziehen der Mobilmachung in der Begründung der Vorlage ist eine Ausgeburt thörichter Phantasie. Für den Fall einer Mobilmachung werden unsere sozialdemokratischen Brüder ihre Schuldigkeit thun. Die Zuchthausbestimmung ist nicht nur ein defotaktes Beiwort, sondern bedroht Hunderttausende von deutschen Arbeitern. Im Ganzen: die Vorlage tuzt nichts, die Begründung noch weniger. Juristisch ist die Vorlage eine Ungeheuerlichkeit, sozial eine fürzende Ungerechtigkeit, politisch eine grenzenlose Thorheit. Das Gesetz ist ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter. Politisch ist sie eine Thorheit, wo Bernstein jedoch den Stein ins Rollen brachte. Nirgendwo wird mehr über Bernstein debattirt. Neue Ansätze werden der Sozialdemokratie zugeführt. Die zahllosen „Besservereinigungen“ protestiren, die evangelischen Arbeitervereine, denen gewiß Niemand Radikalismus vorwerfen kann. Der Staat sollte sich hüten, gerade die Streikbrecher im Gegensatz zu der Masse der Arbeiter zu bevorzugen. In Hamburg machten die Streikbrecher den Eindruck von Jammergehaltn, nicht den einer Arbeiter-Elite. Alle Schichten

